

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ob es gelohnt hat, den Haushalt 2011 wieder gesetzeswidrig erst im Januar einzubringen, kann ich wirklich nicht beantworten. Anfang Dezember hätten wir andere – aus heutiger Sicht falsche Daten vorgelegt, Jetzt haben wir neue Erkenntnisse – trotzdem sind auch diese Daten in Summe weder gut noch am Jahresende richtig. So ist das halt mit der Planung.

Scheinbar gehen wir beim Thema „Gesetzeswidrigkeit“ unisono mit der Landesregierung. Dabei hat dieser jetzt in Rede stehende Nachtragshaushalt für die Kommunen noch Gutes gebracht. Es wurden 323 Millionen Euro (4,26 %) mehr über Zuweisungen ausgezahlt. Auch Monheim erhielt fast 0,8 Mio. € mehr, als für 2010 eingeplant.

Bisher haben alle Experten geäußert, dass diese Zahlungen vom Urteil des Verfassungsgerichtshofes nicht betroffen sein werden. Ergo gehen wir von einer positiven Abschlussverbesserung für 2010 aus. Überhaupt glaube ich, vermelden zu dürfen, dass der Abschluss 2010 sich etwa 4 Mio. € besser gestaltet, als geplant.

Das ist die erste gute Nachricht.

Eine gute Nachricht ist auch, dass sich das Ergebnis des Haushaltes 2011 ebenfalls gegenüber dem Planergebnis 2010 um 3,8 Mio. € verbessert.

Der Haushaltsplan-Entwurf schließt nämlich mit den folgenden Werten ab.

	Ansatz 2011
	in €
Summe ordentliche Erträge	84.880.410
./. Summe ordentl. Aufwendungen	96.649.310
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-11.768.900
Finanzergebnis	-4.579.500
Gesamtergebnis	-16.348.400

Die schlechte Nachricht ist leider die, dass dieses Ergebnis noch um 2,7 Mio. € schlechter ausfällt, als es nach den Prognosen des Haushaltssicherungskonzeptes, das ja gerade mal 8 Monate alt ist, hätte sein sollen.

Meine Damen und Herren,

gestern Morgen konnte ich in einer salopp-flapsigen Finanzmarktanalyse erfahren, wie der Analyst sich selbst und seine Zunft definierte:

„Ein Analyst ist jemand, der morgen erklärt, warum das, was er gestern prognostiziert hat, heute nicht eingetreten ist.“

Mir scheint, diese Definition trifft heute mehr denn je auch auf die Kämmerer zu.

Deshalb will ich Ihnen heute auch eine Haushaltsanalyse präsentieren, die sich im Wesentlichen darauf beschränkt, die Abweichungen von der Planung des HSK zu erläutern.

Die Bereichsleitungen dagegen werden Ihnen vorstellen, was sich im Vergleich zu 2010 verändert hat und welche Ziele und Aufgaben Sie Ihnen mit auf den Weg geben sollen.

Ordentliche Erträge		
HSK 2010 81,10	Ansatz 2011 84,88	Differenz + 3,77

Steuern und ähnliche Abgaben		
HSK 2010 40,60	Ansatz 2011 43,78	Differenz + 3,18

Gewerbsteuer

+ 3,0

Der Gewerbesteueransatz konnte auf 18 Mio. € angehoben werden, weil unter anderem Nachzahlungen für die Veranlagungsjahre 2004 und 2005 aus einem Bescheid Anfang Januar in Höhe von rd. 5 Mio. € zu vereinnahmen sind.

Vergnügungssteuer

+ 0,15

Die Höhe der Vergnügungssteuer wurde dem Rechnungsergebnis angepasst. Das Center in Baumberg scheint bestens zu florieren.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
HSK 2010 17,80	Ansatz 2011 14,85	Differenz - 2,95

Schlüsselzuweisung

- 4,20

Im HSK wurde auf der Basis des geplanten geringen Gewerbesteueraufkommens in 2010 von 13 Mio. € eine Zuweisung von 10,2 Mio. € erwartet. Das Volumen für Schlüsselzuweisungen steigt gegenüber dem Volumen des GFG NRW 2010 (vor Nachtragshaushalt des Landes NRW) sogar um rd. 323 Mio. €. Das sind 4,6%.

Unsere **Steuerkraftmesszahl** hat sich gegenüber dem Vorjahrswert von 38.666.921 € auf **39.470.322 €** kaum verändert. Trotzdem erhalten wir mehr als 2 Mio. € weniger, als im Vorjahr Nachteile für Monheim am Rhein haben sich durch die deutlich reduzierte Festsetzung des angebli-

chen Bedarfes, ausgedrückt durch die **Ausgangsmesszahl ergeben**. Sie wurde von 47,8 Mio. € auf **nur noch 46,3 Mio. €** festgelegt.

Dies liegt daran, dass einige Parameter für die Ermittlung der Zahl kurzfristig geändert wurden. So wurde der Durchschnittshebesatz für die Gewerbesteuer von 403 %-Punkte auf 411 %-Punkte angehoben, die Wertigkeit von Langzeitarbeitslosen und Bedarfsgemeinschaften wurde ebenfalls nach oben verändert.

Die Hauptursache für den drastischen Rückgang der Zuweisung liegt allerdings darin, dass landesweit die Steuerkraft vieler Kommunen erheblich gesunken ist und dort deshalb die Bedarfe erheblich höher sind.

Dies ist ein überzeugendes Indiz dafür, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind und die ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht mit der dazu erforderlichen Finanzausstattung übereinstimmen. Aus diesen Zusammenhängen, insbesondere im Hinblick auf zeitliche Verschiebungen beim Finanzausgleich wird einfach deutlich, dass immer nur über mehrere Jahre eine Betrachtung über die angestrebten Finanzergebnisse Sinn macht.

Noch im Oktober betrug der Gewerbesteuerertrag 21 Mio. €. Hätte die Rückzahlung von etwa 5 Mio. € bereits im Juni und nicht erst im Oktober erfolgen müssen, gäbe es in 2011 rd. 3,6 Mio. € weniger Schlüsselzuweisungen, die Planung 2011 wäre entsprechend belastet gewesen.

Aber das Ergebnis 2010 hätte dann einen geringeren Eigenkapitalverzehr zur Folge gehabt.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
15,33	16,19	+ 0,83

Personalausweise + 0,16

Die neuen Bundespersonalausweise sind erheblich teurer als die alten. Der größte Teil dieser Mehrerträge ist aber an die Bundesdruckerei als Entgelt weiter zu leiten.

Elternbeiträge + 0,15

Das Angebot des offenen Ganztags an Schulen wurde ausgeweitet, dem zu Folge werden bei gleichbleibenden Preisen mehr Erträge erzielt.

Gebührenhaushalte + 0,50

Die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen werden entsprechend den vom Rat im Dezember 2010 beschlossenen Satzungen erhoben. Bekanntlich haben sich die „Umlagedaten“ erhöht, eine Mehrbelastung für die bei uns berühmte „Familie Muster“ tritt allerdings nicht ein.

Sonstige ordentl. Erträge		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
2,53	5,02	+ 2,49

Verzinsung Gewerbesteuer + 1,50

Die bei den Gewerbesteuern bereits erwähnte Nachzahlung ist von den Unternehmen gem. § 222 a AO mit jährlich 6 % zu verzinsen. Umgekehrt trifft diese Verpflichtung auch die Stadt bei Rückzahlung zu hoher Vorausleistungen für Vorvorjahre.

Aufl. Rückstellung Instandhaltungskosten Gebäude + 1,00

Im Rahmen der Eröffnungsbilanz wurden 2,6 Mio. € Rückstellungen für notwendige Instandsetzungsmaßnahmen von Gebäuden, vor allen Dingen für Maßnahmen in Schulgebäuden, die nach dem PPP-Vertrag auf lange Sicht nicht vorgesehen waren, gebildet. Die Maßnahmen wurden damals einzeln

20.01.2011 Einbringungsrede zum Haushalt 2011 der Stadt Monheim am Rhein: Stadtkämmerer Max Herrmann aufgelistet, bewertet und mit einem Erledigungsjahr versehen.

In den jeweiligen Jahren standen die Mittel im Finanzplan dem Bereich 71 - Gebäudemanagement – zur Verfügung. Speziell die Maßnahmen des Jahres 2010 konnten wegen der zahlreichen, leider nicht komplikationslos verlaufenden, Investitionen nicht abgearbeitet werden. Für diese Maßnahmen werden in den Haushalten 2011 (350.000 €) und 2012 (200.000 €) Mittel im Aufwand bereit gestellt. Die Rückstellung wird komplett ergebniswirksam aufgelöst.

Die Gesamtsumme ordentlicher Aufwendungen beträgt 96,65 Mio. €. Das sind 6,9 Mio. € mehr als geplant.

Ordentliche Aufwendungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
89,95	96,65	+ 6,90

Schauen wir auf die Aufwandsarten:

Personalaufwendungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
19,65	19,70	+ 0,05

Die Gesamtpersonalaufwendungen des Jahres 2011 belaufen sich auf 19.692.640 Euro. Dies entspricht exakt den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes.

Neben Tarifsteigerungen war auch der Personalaufbau für eine neue Kindertagesstätte in städt. Trägerschaft, für Schulsozialarbeit und Rückführungsmanagement im Bereich Jugendhilfe Kalkulationsgrundlage. Allein im Bereich 51 – Kinder, Jugend und Familie sind die Aufwendungen um 0,4 Mio. € gestiegen.

Die Neuzuführung an Rückstellungen (jährliche Teilwertberichtigung) für die aktiven Beamtinnen und Beamte beträgt 1,04 Mio. €. Die Rückstellungen für Beihilfen betragen 0,37 Mio. €.

Der verbleibende Personalaufwand verteilt sich auf die Beamtenbesoldung, Entgelte für tariflich Beschäftigte, Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung, Beiträge zur Zusatzversorgungskasse (RZVK) und Beihilfen für die aktiven Beamtinnen und Beamten.

Meine Damen und Herren,

diese Punktlandung war schon eine große Kraftanstrengung. Im Haushaltssicherungskonzept für die Folgejahre wurde der Betrag auf 19,9 Mio. € eingefroren.

Wenn man bedenkt, dass bald höhere Tarifabschlüsse zu erwarten sind und das im KiTa - Bereich teilweise nur für 5 Monate eingerechnete Personal ab 2011 voll einzurechnen ist, ahnt man schon, wie restriktiv die Personalbewirtschaftung durchzuführen ist.

Und ganz vorne weg marschieren Sie, meine Damen und Herren!

Aufgabenausweitungen mit mehr Personalaufwand muss absolutes Tabu sein, wenn man nicht echte Aufgabenkürzung dagegen beschließt.

Versorgungsaufwendungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
1,10	1,35	+ 0,25

Im Ergebnisplan werden auch die zu zahlenden Versorgungsaufwendungen an bereits pensionierte Beamtinnen und Beamte veranschlagt. Ein Teil dieser Aufwendungen wird jedoch aus der Inanspruchnahme der eigens dafür gebildeten Rückstellung befriedigt.

Es sind aktuell für Pensionszahlungen und Beihilfen für Pensionäre insgesamt jährlich ca. 1,35 Mio. € zusätzlich als Aufwand zu etatisieren, die nicht aus Rückstellungen entnommen werden können.

Aus der in Millionenhöhe gebildeten Rückstellung können nur 0,37 Mio. € ertragswirksam in Anspruch genommen werden. Das liegt an der gesetzlichen Regelung, die Zuführungen zur Pensionsrückstellung mit einem Abzinsungsfaktor von 5 % jährlich zu bilden. Dabei wird wohl seitens des Gesetzgebers unterstellt, dass auch tatsächlich die Rückstellungsmittel ertragswirksam angelegt und die entsprechenden Erträge jährlich erwirtschaftet werden.

Eine Anlage der Rückstellung um über Zinsen zu wachsen, gibt es Momentan nicht.

Machten wir so weiter, würden die Versorgungsaufwendungen sich bereits in 10 Jahren auf mehr als 2,7 Mio. € verdoppeln.

Für die aktiven Beamten wird deshalb gemäß Ratsbeschluss mit Wirkung vom 01.01.2011 eine Versicherungslösung angestrebt um sicher zu stellen, dass in der Zukunft die Rückstellungsbeträge garantierte Finanzergebnisse erzielen, die den Versorgungsanspruch in voller Höhe decken.

Die hier zu etatisierenden Versorgungsaufwendungen werden sukzessive sinken, da die neuen Versorgungsfälle gedeckt sein werden.

Dieser Auffassung hat sich auch der Landrat angeschlossen und mit Verfügung vom 10. 12. 2010 Ihrer klugen Ratsentscheidung die Zustimmung erteilt. Vermutlich eine Zustimmung für die erste Kommune im Nothaushaltsrecht.

Die europaweite Ausschreibung erfolgt in Kürze, damit die noch aktuelle Mindestverzinsung sicher gestellt bleibt.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
14,40	16,17	+ 1,77

Gebäudeunterhaltung/-sanierung **+ 0,35**

Hier erfolgte die Veranschlagung von Sanierungsmaßnahmen (vor allen Dingen in Schulen) als Aufwand, die zuvor aus Rückstellungen nicht rechtzeitig erledigt werden konnten. Die Gegenfinanzierung ist durch die ertragswirksame Auflösung der Rückstellung gesichert.

Baureifmachung **+ 0,33**

Für den Abriss und Entsorgung der Wilh.-Busch-Schule, der KiTa Bregenzer Straße, der KiTa Knipprather Straße sind einmalig die 350.000 € erforderlich.

Abriss u. Entsorgung Sportplatz Am Kielsgraben **+ 0,20**

Die Rechtsverpflichtung zum Abriss und zur Entsorgung der Sportanlage Kielsgraben ist vertraglich geregelt und muss unabhängig von einem Sportstättenkonzept pünktlich durchgeführt werden!!

PPP- Vertrag - Energie **+ 0,26**

Zusätzlich veranschlagt wurde eine Nachzahlung an die PPP-GmbH von 260.000 € für Energie aus 2009/2010 wegen Preissteigerungen und Verbrauchssteigerungen aufgrund der Ausweitung der Nutzungszeiten durch Ganztagsbetriebe.

Im Mehrbetrag enthalten ist auch die indizierte Preissteigerung für die Dienstleistung.

Entgelt Bundesdruckerei für Personal Ausweis **+ 0,16**

Für die neuen Personalausweise sind auch höhere Druckkosten an die Bundesdruckerei in Höhe von 160.000 € zu entrichten.

Bilanzielle Abschreibungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
9,13	11,30	+ 2,17

Nach dem ersten Jahresabschluss NKF für 2007 für die Stadt Monheim am Rhein ergibt sich aus den Werten der Anlagebuchhaltung ein Gesamtabschreibungsvolumen von jährlich 11,3 Mio. €. Dem stehen insgesamt Erträge von 5,3 Mio. € aus der Auflösung von Sonderposten gegenüber. Rund weitere 3 Mio. € werden über Gebühreneinnahmen finanziert.

Aus dem allgemeinen Haushalt sind mithin rd. 3,0 Mio. € zu erwirtschaften. Das sind 1 Mio. € mehr, als auf Grund der geschätzten Daten nach der Eröffnungsbilanz in den Vorjahren bisher veranschlagt waren.

Diese 1 Mio. € wird sich auch in allen weiteren Haushalten als Belastung durchziehen.

Transferaufwendungen		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
42,30	44,60	+ 2,30

Kreisumlage **+ 1,20**

Der Kreistag hat für 2011 den Kreisumlagebetrag nominal auf 290 Mio. € festgelegt. Nach den erst jetzt bekannten Umlagegrundlagen ergibt sich eine **Anhebung von 42,2 auf 45,1 %Punkte**. Dieser hohe Hebesatz kommt zu Stande, weil nur wenige Gemeinden im Kreis ihre Steuerkraft ausbauen oder, wie die Stadt Monheim, wenigstens halten konnten. Viele Städte hatten starke Gewerbesteuer-ausfälle. Dies führt dazu, dass die Stadt Monheim in diesem Jahr überproportional an der Kreisumlage beteiligt wird, auch wenn insgesamt die drei bekannten steuerstarken Städte des Kreises Mettmann die Lasten abfedern.

Mit dieser Zahlung führt Monheim die gesamte Netto-Gewerbesteuer und fast die gesamte Grundsteuer an den Kreis ab.

Gewerbesteuer Umlage und Fonds Deutscher Einheit **+ 0,50**

Diese Position erhöht jeder Kämmerer gerne, zeugt sie doch von einem über die Planung hinausgehenden Mehrertrag der Gewerbesteuer, von dem rund ein sechstel als Umlage abzuführen ist.

Jugendhilfe **+ 0,40**

Die Aufwendungen der Jugendhilfe an Personen in Einrichtungen steigen um 400.000 € weil sich die Fallzahlen verändert haben und das als HSK-Maßnahme beschlossene Rückführungsmanagement noch nicht etabliert ist.

Finanzergebnis		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
5,08	4,58	- 0,50

Der Aufwand für Kredite zur Liquiditätssicherung wurde mit 1,25 Mio. € statt 1,75 Mio. € veranschlagt.

Seit Jahren betreibt die Stadt Monheim am Rhein aktives Zinsmanagement mit dem Schwerpunkt der Zinssicherung. Dabei werden auch die „Kassenkredite“ einbezogen.

Bei einem Kreditvolumen zwischen 40 und 70 Mio. € bevorzugt die Stadt eine Streuung der Zinsbindungen. Sowohl der momentane günstige kurzfristige Bereich (z.B. EONIA Satz plus Marge mit Tagesabrechnung) als auch mittelfristige Bindungen prägen das Portfolio.

In Kenntnis der Umstände, dass sich in den Folgejahren die Liquiditätskredite weiter ausbauen werden

20.01.2011 Einbringungsrede zum Haushalt 2011 der Stadt Monheim am Rhein: Stadtkämmerer Max Herrmann und eine Tilgung von mehreren 10 Mio. € in den ersten 5 Jahren nicht zu realisieren sein wird, wurde die in der zweiten Jahreshälfte 2010 aktuell günstige Marktsituation ausgenutzt. Gemäß Erlass des Innenministers zur Kreditwirtschaft der Gemeinden wurde die Volumenhöhe der mehr als ein Jahr festgelegten Liquiditätskredite mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Leider lässt der Erlass es nicht zu, mehr als etwa die Hälfte des Volumens längerfristig, das heißt 1 bis 5 Jahre, in Zinsbindung zu nehmen. **Damit wird das Risiko der Zinssteigerung in den nächsten 1 bis 2 Jahren für ca. 30 Mio. € der Stadt aufgebürdet.** Die Haushaltssatzung 2010 weist wieder eine Ermächtigung zur Aufnahmen von Krediten für die Liquiditätssicherung von **75 Mio. €** aus.

Gesamtsaldo Ergebnisplan		
HSK 2010	Ansatz 2011	Differenz
-13,65	-16,35	+ 2,70

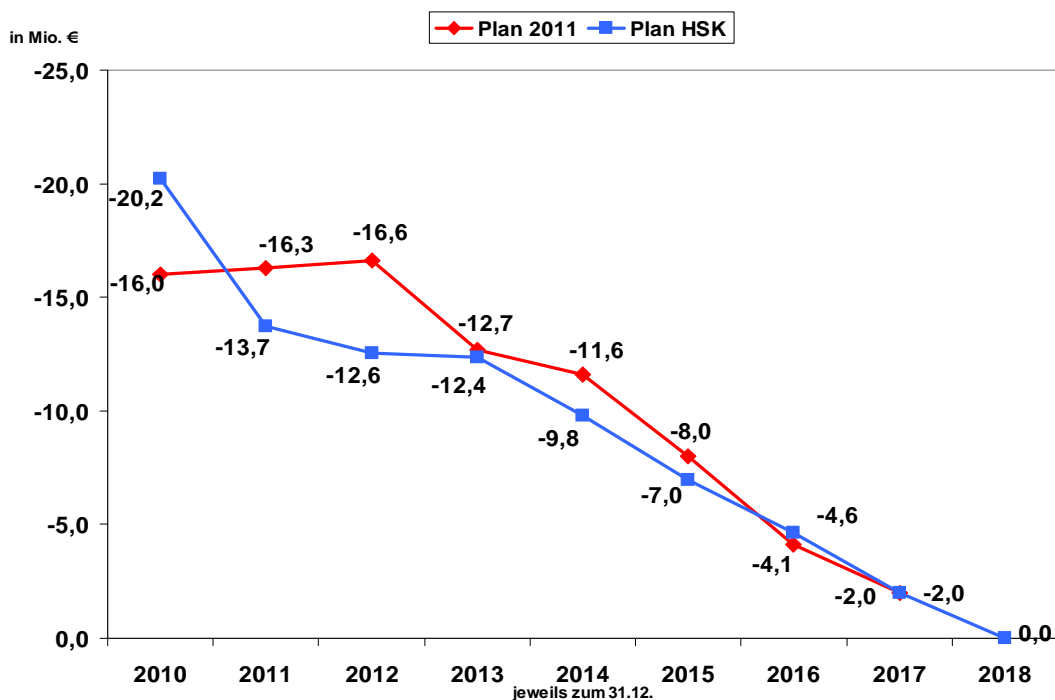
Meine Damen und Herren,

ich hoffe sie erkennen, dass ich Ihnen eine faire Analyse präsentiert habe, die leider aufzeigt, dass bei allen Anstrengungen das Wohl und Wehe unserer Finanzen nicht nur von eigenen Entscheidungen abhängt.

Trotzdem gilt es alle beschlossenen Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes weiter zu beachten, weiter umzusetzen und nicht durch gegenläufige Entscheidungen zu unterminieren. Dann, und nur dann, so zeigt es die Betrachtung der vermutlichen Fehlbeträge bis 2017, bleibt das Ziel des Haushaltsausgleichs 2018 erreichbar.

Die voraussichtliche Entwicklung der Fehlbeträge verdeutlicht das noch einmal.

Vergleich: Entwicklung der Fehlbeträge zwischen Entwurf 2011 und HSK 2010



Nach derzeitigem Planungsstand wird sich das Eigenkapital bis 2018 „nur“ um etwa 5 Mio. € zusätzlich verringern, weil die Ergebnisverschlechterungen für 2011 und 2012 durch das gute Ergebnis 2010 tlw. kompensiert werden.

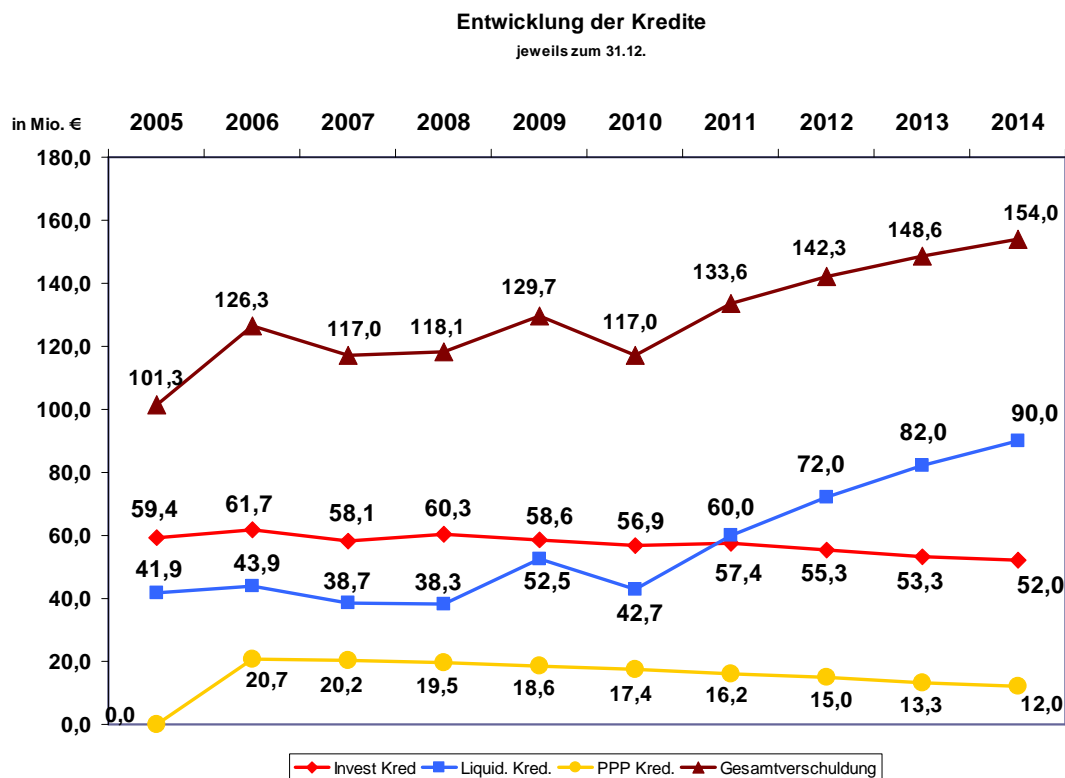
Bleibt noch ein Blick auf den Teilfinanzplan B, in dem die Investitionen veranschlagt sind.

Es sind vorgesehen:

Maßnahme	2009 €	2010 €	2011 €
IT-Ausstattung	240.000	327.500	420.000
Feuerwehrausrüstung	122.000	255.000	164.000
Schulen	495.000	521.000	151.000
Straßenbaumaßnahmen	2.270.000	1.422.000	1.092.000
Umgestaltung Rathausplatz	0	80.000	810.000
Kanalbaumaßnahmen	240.000	0	440.000
Ulla-Hahn-Haus	0	400.000	465.000
Grunderwerb	490.000	650.000	850.000

Diese Maßnahmen werden ohne Kreditaufnahme finanziert. Die Finanzierung wird überwiegend durch die Investitionspauschale und andere Landeszuwendungen sowie durch den Verkauf von Grundstücken gesichert.

Dennoch ist unter Betrachtung der sich aufbauenden Liquiditätskredite der Anstieg der Schulden immens. Die Gesamtverschuldung dürfte in 2018 bei etwa 175 Mio. € liegen, davon 130 Mio. € für „konsumierte“ Liquiditätskredite.



Haben Sie bei den Investitionen nichts vermisst?

Das Haus der Chancen fehlt, es ist ausfinanziert.

Ein Paradebeispiel für die perspektivische Entwicklung unserer Stadt, für gesunden „Aktivtausch“ in der Bilanz und betriebswirtschaftlich optimales Ergebnis. Dazu ein zu erwartender nachhaltiger Output, der künftige Transferlasten reduzieren soll.

Aber Gebäudemanagement und Finanzen hatten es ja auch leicht: Uns gehörte der Grund und Boden, die Bürgerschaft hat es freundlich aufgenommen und wir mussten nur **erst den Bürgermeister, dann die CDU und am Ende den gesamten Rat** überzeugen.

Weitaus schwerer ist das Projekt „Sportstättenplanung“, das eben nicht im Haushalt bei den Investitionen zu finden ist.

Und trotzdem muss es dort voran gehen!!

Sehr geehrte Damen und Herren,

"Ein Politiker ist jemand, der morgen erklärt, warum über das, was er gestern vorgeschlagen hat, heute keine Einigung erzielt werden konnte."

Auch diese Aussage stammt von besagtem Analysten.

Sie erinnert mich sehr an die Diskussion um das Sportstättenkonzept.

An dieser Diskussion habe ich mich nicht sehr beteiligt, nachdem die erste große Vision einer einzigen gemeinsamen Leichtathletikanlage Am Kielsgraben oder wo auch immer, beim Stadtrat viel zu schnell vom Tisch war. Der jetzige Sachstand- und Leidensdruck gibt Ihnen aber die Chance, die Sache noch mal neu strategisch, betriebswirtschaftlich und -

Wie es sich gehört !! Langfristig bezogen auf den Lebenszyklus einer solch großen Investition zu überdenken.

Ich bitte Sie alle, bei der Entwicklung des Konzeptes nicht nach kurzfristigen Erfolgen im Hinblick auf Wählergunst zu schießen, sondern eine nachhaltige Politik zu betreiben, die auch, ja vielleicht **so-gar vor allen Dingen** die demografische Entwicklung und die Einwohnerentwicklung im Fokus hat. Diese Weitsicht kann man von den Vereinen nicht verlangen, **Sie alle aber** schulden diese Weitsicht dem Gemeinwesen Stadt Monheim am Rhein und auch der langfristigen Haushaltskonsolidierung. Eine schlanke aber qualitativ hochwertige Lösung, auch wenn die Realisierung ein paar Monate, vielleicht auch ein Jahr länger dauert, ist zu bevorzugen. Lieber einige wenige Jahre etwas Gedränge um die Spielzeiten als nach einigen Jahren Unkrautwuchs auf den Spielflächen und Laufbahnen, weil sich keiner dort tummelt.

Die Stadt Monheim am Rhein hat noch Bedarf für viele Investitionen, was sie aber nicht braucht sind

2 Leichtathletikanlagen:

Gestern nicht, heute nicht und erst recht nicht morgen!

Um endlich das Unwort des Jahres zu verwenden, rufe ich Ihnen zu:

Die alten Konzepte sind nicht alternativlos, nein, es gibt immer Alternativen.

Ein Stadtrat, der die Kraft für die IMR Entscheidung hatte, sollte auch dafür gerade jetzt bei diesen Mehrheitsverhältnissen

gemeinsam mit allen Fraktionen die Kraft aufbringen, die gute Lösung zu finden und durchzusetzen.

Ich wünsche mir dafür,

- dass Rat, Verwaltung und Bürgerschaft sich nicht vollends von den Vereinsfunktionären vereinnahmen lassen sondern Flexibilität für Qualität verlangen
- dass Sie als Rat diesen Willen und die Kraft zum Umdenken haben

und Ihnen wünsche ich bei der Durchführung ebenso wie bei den Haushaltsplanberatungen ein gutes Gelingen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.